(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Vollständige Sicherheitsüberprüfung für alle durch Aufnahmeprogramme des Bundes nach Mecklenburg-Vorpommern gelangten Afghanen, auf Drucksache 8/5101.

Antrag der Fraktion der AfD
Vollständige Sicherheitsüberprüfung für alle
durch Aufnahmeprogramme des Bundes nach
Mecklenburg-Vorpommern gelangten Afghanen
– Drucksache 8/5101 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer.

(Sebastian Ehlers, CDU: Mikro!)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Damen und Herren Abgeordnete, Sicherheit beginnt mit Kontrolle. Wer nach Mecklenburg-Vorpommern einreist, muss eindeutig identifizierbar und zuverlässig überprüft sein. Das gilt umso mehr, wenn er aus einem Krisengebiet wie Afghanistan stammt. Doch genau das wurde bei den sogenannten Aufnahmeprogrammen des Bundes über Jahre hinweg systematisch, meine Damen und Herren, systematisch unterlassen. Unser Antrag bringt diesen Missstand auf die politische Tagesordnung mit einem klaren Ziel: vollständige Sicherheitsüberprüfung aller über die Aufnahmeprogramme des Bundes aufgenommenen Afghanen in unserem Land.

Seit dem Rückzug der westlichen Truppen aus Afghanistan im August 2021 sind im Rahmen zahlreicher Aufnahmeprogramme über 36.000 afghanische Staatsangehörige als sogenannte Ortskräfte nach Deutschland gelangt, auch nach Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landesregierung leben in unserem Bundesland derzeit 581 Afghanen, die über solche Programme nach Mecklenburg-Vorpommern kamen. Die damalige Große Koalition und später dann die Ampelkoalition beschlossen kurzfristig, vor allem afghanische Ortskräfte zu schützen,

also Personen, die mit Bundeswehr, Polizei oder Entwicklungshelfern zusammengearbeitet hatten. Doch aus dem eng gefassten Schutzauftrag wurde binnen weniger Monate ein politisch aktivistisches Großprojekt. Unter der damaligen Außenministerin Annalena Baerbock wurden die Programme massiv, massiv ausgeweitet.

Die im „Spiegel“ und „Cicero“ öffentlich gewordenen internen Berichte der Deutschen Botschaft in Islamabad zeichnen ein erschütterndes Bild. Diplomaten, Polizeibeamte, Visaexperten berichten unisono von gefälschten Pässen, konstruierten Fluchtgeschichten, untergeschobenen Identitäten und von einem politischen Druck – man höre und staune –, von einem politischen Druck aus Berlin, diese Zweifel möglichst zu ignorieren.

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD:
Sie sind doch Menschen!)

So heißt es wörtlich in einem Lagebericht: „Eine angemessene Prüfung ist bei der Vielzahl der Antragsteller nicht möglich.“ Es wird von einer „wachsenden Dunkelziffer an Fällen“ ausgegangen, die „zu Unrecht eine Aufnahmezusage und ein Visum erhalten haben“. Da sich Wiederholung ja festigt, ich wiederhole, die „zu Unrecht eine Aufnahmezusage und ein Visum erhalten haben“.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Und was tat das Außenministerium? Es forderte maximale Großzügigkeit, eine alternative Glaubhaftmachung anstelle von Nachweisen. Man wollte Identitäten glauben, statt zu prüfen, meine Damen und Herren. Sicherheitsstandards wurden auf Weisung von oben systematisch unterlaufen. Das ist politisch gedeckter Kontrollverlust.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Völlig inakzeptabel auch die Rolle der sogenannten meldeberechtigten Stellen, also jener NGOs, die darüber entscheiden durften, welche Afghanen als gefährdet gelten

und eine Aufnahmezusage erhalten. In der Praxis bedeutete das, Dutzende privater Organisationen erstellten Listen ohne rechtsstaatliche Kontrolle, ohne Nachprüfbarkeit, ohne Transparenz. Wie die Aktivistin Theresa Breuer, vormals selbst bei einer Organisation, nämlich der Organisation „Kabul Luftbrücke“, kritisierte, sei aus einem Schutzprogramm für gefährdete Personen ein „Programm für Bekannte von NGO-Mitarbeitern“ geworden. Es sei nicht klar gewesen, wer warum auf welcher Liste landete. Der Staat hat hier faktisch seine Verantwortung delegiert, und das an politisch aktivistisch, häufig ideologisch geleitete Gruppen. Die Sicherheitsbehörden – Bundespolizei, Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt – wussten in vielen Fällen nicht einmal, welche NGOs überhaupt daran beteiligt waren. Eine vollständige Liste dieser Organisationen wurde ihnen vom Auswärtigen Amt bis heute nicht übermittelt, mit Verweis auf die Vertraulichkeit. Das, meine Damen und Herren, ist skandalös und sicherheitspolitisch grob fahrlässig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Die Berichte über konkrete Fälle lassen einem den Atem stocken: Eine zehnköpfige Familie reichte 21 gefälschte – 21 gefälschte! – Ausweise ein und wurde dennoch als „gefährdete Ortskräfte“ geführt, ein angeblich homosexueller Mann aus Dubai, der seit Jahren dort lebte, bekam eine Einreiseempfehlung auf Basis einer von einer NGO erfundenen Foltergeschichte, ein 7-jähriges Mädchen, man höre und staune, ein 7-jähriges Mädchen tauchte in den Unterlagen plötzlich mit drei eigenen Kindern auf – niemand wollte das bemerken –, sogar Taliban-nahe Islamisten, Scharia-Richter, Al-Kaida-Kontakte fanden sich auf den Listen wieder, vielfach erst gestoppt, weil Bundespolizisten kurz vor dem Abflug Alarm schlugen.

Meine Damen und Herren, das, was ich hier skizziert habe, sind keine Einzelfälle, das ist ein strukturelles Versagen, bei dem zwischen humanitärer Geste und sicherheitspolitischer Naivität keine Grenze mehr bestand. In Mecklenburg-Vorpommern, ich sagte es eingangs, leben derzeit 581 Afghanen, die im Rahmen dieser Aufnahmeprogramme hierhergeholt worden sind –, 581 Personen, gemeldet, aufgenommen, untergebracht, ohne dass wir in jedem einzelnen Fall wissen, mit der

gebotenen Sicherheit wissen, wer sie sind und welche Hintergründe sie haben, wie belastbar ihre Geschichten sind. – Soweit zunächst zur Einbringung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und
Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner, fraktionslos)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraf 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Bevor ich den ersten Redner aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne Mitglieder des Senior Circle der Wirtschaftsjunioren der IHK zu Schwerin. Seien Sie uns recht herzlich willkommen!

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten der Innenminister Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden jetzt entscheiden müssen, ob wir eine Bundestagsdebatte führen wollen – so war jetzt die Einbringung – oder ob wir uns,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

ob wir uns um Ihren Antrag kümmern wollen. Sie neigen ja dazu, extrem kleinteilige Anträge zu stellen, hinterher immer die ganz große Debatte um das gesamte Weltgeschehen führen zu wollen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist aber nicht kleinteilig.)

und ich versuche jetzt einmal zu trennen zwischen den beiden Dingen, die Sie haben.

Erstens, die Diskussion, die Sie hier begonnen haben mit der Einbringung, ist ja, ist Christian Pegel tatsächlich Helfer der Bundeswehr oder in anderer Weise gefährdeter Personen gewesen. Das, was die Bundesbehörden dann im Ausland leisten, ist, dass sie auf Christian Pegel bezogen versuchen, mit ihren Möglichkeiten – und dann spielen die das gesamte Ballett, was nur Bundesbehörden können und keine Landesbehörden, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundespolizei, BKA und den entsprechenden nachrichtendienstlichen Zugängen –, zu schauen, ob hinter mir eine Geschichte steht, die in der Tat eher dazu führt, dass man mich für ein Sicherheitsrisiko hält. Solange also die Identität meines Gegenübers die gleiche ist, kann ich mich darüber streiten, dass da die Diskussion, die Sie eben begonnen haben, ob die Person Christian Pegel tatsächlich Teil dieses Programms sein sollte, aber solange ich zumindest die Person bin, ist das, was uns umtreiben muss, bei der Einreise von Menschen ist zumindest zu der Person halbwegs sichergestellt, dass ich weiß, wer es ist, und kann ich mit dem Sicherheitscheck, den die Bundesbehörden dann durchgeführt haben, davon ausgehen, dass wir hier im Lande auch ein Stück weit Gewissheit darüber haben, wer zu uns gekommen ist.

Das, was Sie kritisieren und sagen, da ist aber auch eine andere Person dabei: Ich kann jetzt Ihre Einzelfälle nicht nachprüfen, sondern ich kann nur darauf Bezug nehmen, dass es zwei Gruppen gibt, die die deutsche Bundesregierung, im Übrigen nicht nur die, sondern auch eine Vielzahl anderer verbündeter Partnerinnen und Partner ihrerseits, in ihre Länder aufgenommen haben, zwei Gruppen im Blick hatten. Die einen sind in der Tat diejenigen, die zum Teil über 20 Jahre in extrem enger Zusammenarbeit mit den alliierten Truppen in Afghanistan gearbeitet haben, in unserem Falle also mit der deutschen Bundeswehr. Die können als Übersetzerinnen und Übersetzer dabei gewesen sein, die können mit den nachrichtendienstlich tätigen Bundeswehrangehörigen in die entsprechenden Erkundungen auch in die Dörfer gegangen sein, die haben uns zum Teil auch bei anderen Dingen wie Einkäufen, Vermittlungen und Ähnlichem gedient – die Sorge also, dass jemand dafür, dass er über längere Zeiträume mit der deutschen Bundeswehr zusammengearbeitet hat, sowohl selbst als auch mitsamt seiner Familie in Gefahr gerät, das sind die klassischen Ortskräfte.

Neben den Ortskräften standen immer darüber hinaus gefährdete Personen. Die dürften dann keine Taliban gewesen sein, sondern wir haben Menschen, vor allen Dingen dann Frauen, die in entsprechenden Organisationen oder Berufsgruppen tätig waren als Journalist/-innen, als Richter/-innen, aber auch in entsprechenden NGOs, der in Afghanistan für Frauenrechte, wir haben verschiedene Berufsgruppen, bei denen Frauen tätig waren, die über die 20 Jahre sich mit Schulabschlüssen, Bildungsabschlüssen, Karrieren entwickeln konnten, die jetzt gleichermaßen aus Sicht der Taliban in diesen Berufsgruppen nicht ankommen sollen, bis hin zu Menschen, die in Behörden gearbeitet haben, in Ministerien oder selbst sogar als politische Entscheidungsträger in den 20 Jahren. Beide Gruppen sind die, um die unter anderem auch die deutsche Bundesregierung, das Auswärtige Amt sich bemüht hat, über entsprechende Sicherungen aufzunehmen. Nahezu niemand von denen …

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich habe Ihren Zwischenruf nicht verstanden, Herr Schneider. Sonst versuche ich immer gerne, den aufzugreifen, weil ich bin zu schlecht hörend zwischenzeitlich.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ich habe gerade nachgeguckt:
5.300 eingesetzte deutsche Soldaten,
wir kommen auf 36.000 Ortskräfte.)

Das mag gut sein, dass wir auf 36.000 Ortskräfte kommen – wir kommen vermutlich in der Zusammensetzung aus Ortskraft plus Angehörige.

Also, das ist der wichtige Teil. Wir haben immer akzeptiert, und das gilt auch für die in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommenen Personen, wir haben immer akzeptiert, dass in der Regel nicht nur die Ortskraft, sondern aufgrund einer gewissen Sippenhaft, die dort mitangelegt wird,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

diejenigen, die als Partnerinnen und Partner, als Ehegatten, als Kinder mit im Raume stehen, dann sind unsere Familienbegriffe etwas enger als die in anderen Kulturkreisen, es gehört sicherlich zur Ehrlichkeit dazu, aber dass immer der Familienkreis drum herum mindestens der gleichen Gefährdung unterliegt.

Für mich – noch einmal – ist entscheidend, ob der Personenkreis, der zu uns kommt, zumindest von der namentlichen Richtigkeit her ordentlich zugeordnet ist. Die anderen Fragestellungen, ob jemand wirklich einen eigenen Anspruch hat, in dieses Programm aufgenommen zu werden, werden wir in Mecklenburg-Vorpommern schon gar nicht leisten können. Es ist im Übrigen auch deshalb für das Auswärtige Amt nicht ganz ohne, weil es natürlich nicht dabei geblieben ist, dass die Menschen in Afghanistan blieben und sagten, wir warten jetzt mal ab, bis wir massakriert werden, und hören dann anderthalb Jahre später, dass wir aber einen Aufnahmeanspruch gehabt hätten, sondern sie sind typischerweise in Nachbarländer ausgewichen.

Ein Schwerpunkt ist Pakistan, im Übrigen auch unterstützt von der deutschen Bundesregierung, weil sie sich von Pakistan offenbar mit der dortigen deutschen Botschaft gemeinsam erhoffte, dass man von dort sehr konzentriert gemeinsame Flüge nach Deutschland umsetzt. Von daher befinden sich eine Vielzahl der Personen, die aus ihrer Sicht zumindest Hoffnung darauf haben, in dieses deutsche Aufnahmeprogramm zu fallen, in Islamabad und Umgebung, zumindest in den größeren Gefilden Pakistans. Dort setzt die deutsche Botschaft mit den eben genannten Bundesbehörden die Sicherheitsüberprüfungen durch.

Und mir liegt vor allen Dingen am Herzen, dass die beteiligten Gesichter und Personalausweise zueinander passen dann. Da bei solchen Fluchtbewegungen durchaus auch Ausweise verloren gehen können – das war von Ihnen auch angesprochen worden, Herr Kramer –, gibt es Situationen, in denen in der Tat mit Ersatzpapieren gearbeitet wird. Und auch da bleibt landespolizeilichen- und Landessicherheitsbehörden nur, mit den entsprechenden Erkenntnissen der Bundesbehörden umzugehen. Zu glauben, dass wir hier in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Landesamt für Verfassungsschutz und der Landespolizei Aufklärungen in Herkunftsländern wie Afghanistan oder Pakistan besser betreiben könnten als der

Bundesnachrichtendienst, die Bundespolizei, das BKA und das Bundesamt für Verfassungsschutz, halte ich für fernliegend.

In der Sache selbst habe ich den Eindruck, dass momentan wieder ein Tagesordnungspunkt an den Tag gelegt wurde, über den alle, die eine afghanische Herkunft haben und als Ortskraft gelten oder als gefährdete Personen vor Ort, jetzt erst mal den Schein des Bösen erhalten sollen. Ich will nicht ausschließen – das gehört auch dazu –, ich will nicht ausschließen, dass auch darunter sich Menschen bewegen, mit denen wir irgendwann deutlich kritischer umgehen müssen und auch kritischer umgehen. Das aber als Label auf eine große Personengruppe draufzukleben, fällt mir außerordentlich schwer, zumal, wenn ich Bundeswehrangehörigen, die in Afghanistan im Einsatz gewesen sind, zuhöre, die afghanischen Ortskräfte in der Regel einen extrem wichtigen Dienst für die Kameradinnen und Kameraden der Bundeswehr geleistet haben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Von daher glaube ich, dass uns auch eine moralische Verpflichtung trifft,

(Beifall Michael Noetzel, Die Linke, und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die wir an der Stelle umgesetzt haben. Das gilt im Übrigen nicht nur für uns, sondern auch für andere europäische Länder. Und gerade aktuell hat ja eine „Tagesschau“-Nachricht, zumindest gestern und vorgestern, für die britische Seite, die Ähnliches hat, die allerdings die Schwierigkeit hatten, dass offenbar ihre Datei einem etwas größeren Personenkreis zugänglich gemacht worden ist, was natürlich erhebliche Probleme aufwirft, dass auch andere Länder in gleicher Weise verfahren.

Noch einmal, wir werden keine Bundesaufgabe übernehmen können, noch einmal, wir werden nicht überprüfen können, ob die jeweiligen Kriterien vorlagen, sondern uns da auf die Bundesbehörden verlassen und tun das auch bislang. Und noch einmal, wir werden nicht die Sicherheitsüberprüfungen in Pakistan und Afghanistan nachholen können. Das geht mit Landesbehörden nicht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bin nun auf die folgende Diskussion gespannt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: In der letzten Minute gab es noch einen, oder Sekunde, einen Antrag auf Kurzintervention durch die AfD-Fraktion.

Minister Christian Pegel: Habe ich gesehen, danke.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Tadsen, bitte!

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Pegel, Herr Innenminister, wir haben ja jetzt sehr verwundert Ihrer Rede gelauscht,

(Nikolaus Kramer, AfD: In der Tat.)

und da möchte ich jetzt noch einmal kurz feststellen, auch für die Zuhörer und für die anwesenden Abgeordneten, dass unser Antrag ja nicht gefordert hat, dass Sie eine Sicherheitsüberprüfung sämtlicher Personen hier im Land leisten sollen. Unser Antrag hat einfach nur gefordert, dass Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine umfassende Sicherheitsüberprüfung sämtlicher Personen stattfindet, weil das im Sicherheitsinteresse unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und nichts anderes steht darin drin, deshalb die Verwunderung. Sie haben natürlich jetzt die Gelegenheit, das vielleicht noch mal klarzustellen, wie weit dieser föderale Mechanismus, der Ihnen ja auch durchaus bekannt ist, an dieser Stelle von Ihnen falsch verstanden wurde. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Möchten Sie darauf reagieren, Herr Minister?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das tue ich gerne.

Wenn wir uns einig sind, dass die Landesbehörden das schwerlich werden leisten können, haben wir schon mal einen ersten Schritt gemeinsam erreicht.

Zweitens, die Bundesbehörden haben auf der Grundlage, ja, im Übrigen auch kritischer Erkenntnisse in den vergangenen Monaten ja deutlich nachgesteuert. Sie haben offenbar – jetzt will ich ihnen nicht zu tief, in deren Sicherheitsarchitektur eindringen –, aber sie haben offenbar der eher abstrakten Überprüfung, nämlich anhand von Papieren und von Dokumenten, ein jeweils verpflichtendes Einzelinterview, das in der Vergangenheit häufig, aber offenbar nicht immer geführt worden ist, als zweite Instanz hinterhergeschaltet. Dadurch dauern die Verfahren länger.

Aber das, was ich wahrnehme aus der Bundesebene, es sind in der Tat Nachschaltungen vorgenommen worden. Und ich gehe auch davon aus, dass die Bundesbehörden weiterhin in Deutschland im Zweifel nachberichten würden, wenn auf einen Namen, zu dem sie zunächst keine Feststellung treffen konnten, später beispielsweise durch Nachrichtendienste die Zusammenarbeit mit Dritten zu einer Person später erst Erkenntnisse bekannt werden, die für uns hier sicherheitsmäßig von Relevanz sind.

Gegenüber den Bundesbehörden setzen wir uns immer gerne ein. Aber noch einmal, der Einsatz alleine ist ja bereits erfolgt und vor allen Dingen auf Bundesseite umgesetzt. Wir werden dann ja die Frage stellen müssen, haben wir auf Landesseite Möglichkeiten. Und da bleibe ich dabei, dass ich es mir schwerlich vorstellen kann, und verstehe Ihren Hinweis so, dass Sie sagen, es würde Ihnen reichen, wenn wir im föderalen Kontext noch einmal einfordern, dass man seinen Dienst tut. Das sichern

uns die Bundesbehörden zu, und sie haben deutlich nachjustiert. Das ist das Versprechen der Bundesinnenministeriumsseite. – Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister!

Der Minister hat die angemeldete Redezeit um zwei Minuten überschritten.

Für die Fraktion der CDU hat das Wort die Abgeordnete Ann Christin von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Normalerweise bin ich eigentlich nicht dafür bekannt, dass ich mich hier hinstelle und sage, der Innenminister hat alles gesagt.

(Sebastian Ehlers, CDU: Und diesmal stimmts.)

Er hat es aber sehr, sehr ausführlich und ausdauernd, würde ich fast sagen, dargestellt. Und normalerweise,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

normalerweise glaube ich auch daran zu sagen, Wiederholung festigt. Manchmal langweilt es aber allerdings auch. Deswegen mache ich es hier heute quick and dirty.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Oha! –
Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Die AfD hat im Bundestag im April 2025 nach der Sicherheitsüberprüfung der aus Afghanistan eingeflogenen Personen fragen lassen und die Antwort erhalten, dass Einreisen von Personen im Rahmen sämtlicher Aufnahmeverfahren aus Afghanistan erst nach umfangreichen Sicherheitsprüfungen stattfinden. Weil Ihnen die Antwort allerdings nicht ins Konzept passt, haben Sie für Mecklenburg-Vorpommern dazu zwei weitere Kleine Anfragen gestellt. Und auch der Innenminister hat Ihnen bereits erörtert, dass in den Bundesbehörden nach den bestehenden Möglichkeiten die Sicherheitsprüfungen stattfinden. Punkt!

Wer in Afghanistan nicht schon aufgefallen ist und entsprechende Aktivitäten entwickelt hat, die die Bundesbehörden feststellen können, und wer eventuell hier in Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt straffällig wird, das kann auch bei einer Sicherheitsprüfung vor Einreise nicht festgestellt werden. Ich glaube, das leuchtet ein.

Abschließend bleibt mir eigentlich nur zu sagen: Die CDU-geführte Bundesregierung braucht hier keine Unterstützung der AfD-Fraktion aus dem Landtag M-V.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort die Abgeordnete Steffi Pulz-Debler.

Steffi Pulz-Debler, Die Linke: Frau Präsidentin! Kolleginnen Abgeordnete! Es war im Sommer 2021 als die internationalen und damit auch die deutschen Truppen nach 20 Jahren Einsatz den Rückzug aus Afghanistan vollzogen, ein Abzug unter katastrophalen Umständen, durch den Afghanistan zurück an radikalislamistische Herrscher, die Taliban, übergeben wurde. Politische Versprechen gab es zu dieser Zeit viele, vor allem jene gegenüber den Menschen, die in den 20 Jahren des deutschen Engagements in Afghanistan an der Seite der Bundesrepublik tätig waren. Diese afghanischen Ortskräfte waren unerlässlich für nahezu alle deutschen Aktivitäten.

Bereits im April 2021, als der zügige Abzug der NATO-Truppen beschlossen und die verschärfte Sicherheitslage absehbar wurde, teilte die damalige Verteidigungsministerin, die CDU Politikerin Annegret Kramp-Karrenbauer öffentlich mit, sie empfinde es als eine tiefe Verpflichtung, Zitat: „Menschen, die zum Teil über

Jahre hinweg auch unter Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit an unserer Seite gearbeitet haben …, nicht schutzlos zurückzulassen.“

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wenige Monate später, nach dem Fall Kabuls, stellte sich der damalige Außenminister der SPD, Heiko Maas, vor Kameras und erklärte, dass die Bundesregierung nichts unversucht lassen werde, so viele Menschen wie möglich zu retten. Und Zitat: „Unsere Arbeit gehe weiter, und zwar so lange, bis alle in Sicherheit sind, für die wir in Afghanistan Verantwortung tragen.“ Dabei bezog er ausdrücklich nicht nur Ortskräfte ein, sondern stellte auch in Aussicht, dass alle weiteren Afghan/-innen, die durch ihren Einsatz für Menschenrechte und Demokratie eine Aufnahmezusage und schnell und unkompliziert Visa bekämen.

Die Bilanz, die heute hinsichtlich all dieser Versprechen gezogen werden kann, ist katastrophal und ein Versagen auf ganzer Linie. Es wurden bis heute nicht alle Menschen in Sicherheit gebracht. Vor allem ist Hilfe weder schnell noch unbürokratisch. Die Antwort unserer aktuellen Bundesregierung auf diese fatalen Entwicklungen: Deutschland streicht sein humanitäres Aufnahmeprogramm für Afghanistan, während der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen die Taliban-Führung verhängt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Wollen Sie die
nächste Intervention in Afghanistan jetzt?)

Und als wäre das nicht genug, kündigt Bundesinnenminister Dobrindt

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

direkte Gespräche mit den Taliban, einem Terrorregime, an. Damit wird ein international geächtetes Regime, welches die schwerste Frauenrechtskrise weltweit ausgelöst hat, das systematisch Menschen entrechtet,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Aber
hier sind Frauen mit Kopftuch okay für Sie.
Da sehen Sie mal, wie Doppelzüngig Sie sind!)

foltert und öffentliche Körperstrafen durchführt, von unserer Bundesregierung als legitimer Gesprächspartner angesehen. Das ist für uns eine Schande!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Der einzige Lichtblick in diesen Tagen kommt vom Verwaltungsgericht Berlin und richtet sich in seiner Entscheidung an die circa 2.400 Afghaninnen, die bereits eine Aufnahmezusage für Deutschland bekommen haben, aber seit Monaten in Pakistan festsitzen, weil die Visaverfahren gestoppt sind.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Zu Recht!)

Das Verwaltungsgericht Berlin hat im Eilverfahren entschieden, Aufnahmezusagen sind rechtlich bindend! Eine afghanische Wissenschaftlerin und ihre Familie, die seit Monaten in Pakistan auf ihre Einreise nach Deutschland warten, haben einen Anspruch auf ein Visum, weil ihnen die Aufnahme bereits offiziell zugesagt wurde. Weiter stellt das Gericht fest, dass sich die Bundesregierung nicht einseitig von ihren Zusagen lösen darf, selbst wenn das Aufnahmeprogramm politisch nicht fortgeführt werden soll. Und wichtig dabei, dieser Beschluss ist nicht nur eine Einzelfallentscheidung, denn das Gericht sagt grundsätzlich und gerade auch mit Blick auf alle Afghaninnen mit einer Aufnahmezusage, die Bundesregierung ist rechtlich verpflichtet, die Zusagen umzusetzen, und zwar schnell.

Wer also meint, auf Zusagen keine Taten folgen zu lassen, gefährdet Menschenleben. Zum Beispiel das Leben von Somaya, einer Aktivistin, die eine Aufnahmezusage hat und auf ihr Visum wartet,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

das Leben von Manizha Seddiqi, einer Frauenaktivistin,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Zum Thema!)

die in den Taliban-Gefängnissen gefoltert und vergewaltigt wurde und nun in Angst in Pakistan lebt,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Kommen Sie zum Thema! –
Torsten Koplin, Die Linke: Das ist das Thema! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD –
Torsten Koplin, Die Linke: Na selbstverständlich!)

wo sie jederzeit festgenommen und wieder zurück nach Afghanistan geschickt werden kann, …

(Der Abgeordnete Jan-Phillip Tadsen
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine des Abgeordneten …

Steffi Pulz-Debler, Die Linke: Nein, danke!

… gefährdet das Leben von Sara Shams, einer Journalistin, die vor wenigen Tagen von der pakistanischen Polizei festgenommen wurde. Sie und viele weitere haben Angst, leben unter Bedrohung und brauchen unseren Schutz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern eine sofortige Visumerteilung für alle Afghaninnen mit gültiger Aufnahmezusage,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Keine Sicherheitsüberprüfung?)

Verlässlichkeit …

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Ich habe zusätzliche Redezeit von zwei Minuten.

Wir fordern eine sofortige Visumerteilung für alle Afghaninnen mit gültiger Aufnahmezusage,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Ist Ihnen Deutschland
völlig egal, oder was? Bitte überprüfen lassen!)

Verlässlichkeit und Verantwortung statt politischen Kalküls, die Weiterführung des Aufnahmeprogramms Afghanistan und keine Zusammenarbeit mit Terrorregimen!

(Beifall vonseiten der Fraktion Die Linke –
Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Da klatscht die SPD gar nicht. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und zu guter Letzt zum uns vorliegenden Antrag, der unter dem Deckmantel von Sicherheitsprüfungen wieder einmal Rassismus ins Parlament bringt und nichts weiter tut, als zu suggerieren, dass afghanische Ortskräfte kriminell und fanatisch sind, dem stellen wir uns hier entgegen!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Was hat
jetzt überprüfen mit Rassismus zu tun?)

Solche Zuschreibungen, egal ob verdeckte oder nicht, sind nicht nur falsch und schädlich.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Holen Sie sich psychologische Hilfe!)

Sie verletzen die Menschenwürde und können schwerwiegende Folgen für die betroffenen Personengruppen nach sich ziehen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Abgeordnete Anne Shepley.

Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dieser Antrag stellt Menschen unter Generalverdacht, die sich längst bewährt haben als Menschenrechtsverteidigerinnen,

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

als Journalistinnen, als Ortskräfte deutscher Stellen. Er verlangt rückwirkende Kontrollen ohne konkreten Anlass,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Was?! –
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Was?! Haben
Sie mal in die Presse geschaut?)

aber Herkunft ist kein Verdachtsmerkmal!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sicherheitsüberprüfungen gibt es längst bei begründetem Verdacht,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Unter zehn Prozent! –
Torsten Koplin, Die Linke: Es gibt sie!)

nicht pauschal nach Herkunft, so regelt es Paragraf 73 Aufenthaltsgesetz. Eine pauschale Kontrolle hingegen verletzt Artikel 3 des Grundgesetzes sowie das Verhältnismäßigkeitsprinzip.

Es ist im Übrigen ein typisches Muster rechtsextremer Politik, die sich nicht am Verhalten, sondern an der Herkunft orientiert. Auch deshalb wird die AfD vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Machen Sie ruhig so weiter! –
Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Soll das eine Drohung sein? –
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

mit Verweis auf Funktionäre in Mecklenburg-Vorpommern.

Apropos Sicherheitsüberprüfung, erst letzte Woche wurde wieder ein Anstieg an Waffenbesitz bei Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern festgestellt. Das, meine Damen und Herren, ist reale Gefahr, nicht Menschen, die für Freiheit eingestanden haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen ganz klar Nein zum Generalverdacht

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD)

und Ja zum Rechtsstaat.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die Fraktion der SPD hat das Wort die Abgeordnete Martina Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD ist schon erstaunlich und Herr Kramer hat ja eben auch auf ganz andere Quellen abgezielt, als hier im Antrag angegeben. Wenn man den mal so genau liest, dann steht hier, dass die Landesregierung aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung für eine vollständige Sicherheitsüberprüfung aller in Mecklenburg-Vorpommern wohnhaften, im Rahmen von Aufnahmeprogrammen des Bundes für afghanische Staatsangehörige nach Deutschland gelangten Personen einzusetzen, und in der Begründung dann laut Pressebericht wurde nur jeder achte Afghane, der als Teilnehmer eines der Aufnahmeprogramme für gefährdete Afghanen

(Nikolaus Kramer, AfD: Macht siebzig
in Mecklenburg-Vorpommern)

und so weiter und sofort. Also alle sollen überprüft werden, weil aus einem Programm heraus Sicherheitsüberprüfungen nicht vollumfänglich stattgefunden haben sollen.

Es gibt seit 2013 Aufnahmeprogramme für Afghanen, und zwar seit 2013 erfolgt die Aufnahme von einzelnen gefährdeten afghanischen Ortskräften und ihren engen Familienangehörigen. Und immer besteht das Verfahren aus zwei Schritten, das hatte

der Minister schon angesprochen. In einem ersten Schritt muss erst mal die individuelle Gefahr der Personen festgestellt werden, und in einem zweiten Schritt erfolgt die Ausstellung eines Visums durch die zuständige deutsche Auslandsvertretung, und im Rahmen des Visaprozesses führt das BMI eine Sicherheitsüberprüfung durch, um auszuschließen, dass es sich um einen Gefährder handeln könnte.

Nach Abzug der Bundeswehr 2021, also nach fast 20 Jahren, aus Afghanistan, wurde dann 2022 das Bundesaufnahmeprogramm zur Aufnahme afghanischer Ortskräfte in Kraft gesetzt, und Sie haben hier konkret angesprochen, das vorher durch Annalena Baerbock plötzlich der Kreis der Begünstigten wer weiß wie ausgeweitet werden sollte.

(Thore Stein, AfD: Wurde!)

Und wenn man sich mal – oder ausgeweitet worden ist –, wenn man sich mal Zahlen anguckt, was da passiert ist mit den ersten Flügen, die ja im August, zwischen dem 16. und 26. August 2021 tatsächlich stattgefunden haben, da wurden 5.347 Personen ausgeflogen, darunter waren 138 Ortskräfte mit ihren Familienangehörigen. Danach sind natürlich noch mehr nachgekommen, aber man muss das erst mal relativieren.

2023 wurde zusätzlich zu den bereits vorhandenen, regelmäßig durchgeführten Überprüfungen eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die es allerdings auch nur bis Ende letzten Jahres gab und die für die erste Auswahl besonders gefährdeter Afghaninnen und Afghanen zuständig war, die dann zur weiteren Prüfung an deutsche Behörden weitergegeben wurden.

Und in Ihrem Antrag beziehen Sie sich auf Presseberichte. Es gab einen Pressebericht in der „Bild-Zeitung“,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Paar mehr
Presseberichte. Wir können Ihnen
die auch alle zukommen lassen.)

der ist von der Bundesregierung zurückgewiesen worden. Außerdem gab es auch Befragungen der Bundesregierung im April, auch von der AfD und von den Linken, auf die Aussagen hin, dass die Sicherheitsüberprüfungen halt nicht vollumfänglich gewesen wären.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Es gab
auch „Welt“-Berichte dazu, von der „Welt“.)

Die wurden von der Bundesregierung zurückgewiesen.

In dem Antrag steht auch überhaupt nicht drin, was Sie unter vollständigen Sicherheitsüberprüfungen überhaupt verstehen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Durch alle Nachrichtenquellen ging das!)

Ob das nun die Interviews sind oder sonst was, …

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Oder sonst was?! –
Der Abgeordnete Nikolaus Kramer
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Nein, jetzt nicht.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete?

Martina Tegtmeier, SPD: Jetzt gerade nicht.

… aber Angelpunkt Ihres Antrages ist natürlich, dass wir hier die gesamten Personen, die als Sicherheitskräfte oder Ortskräfte hier aufgenommen worden sind seit 2013, einer vollständigen Sicherheitsüberprüfung durch den Bund noch einmal unterziehen

lassen wollen – also die Landesregierung soll sich beim Bund dafür einsetzen –, also tatsächlich ein Generalverdacht, was wir ablehnen.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Erzählen Sie
mal das den Bürgern da draußen!)

Für uns ist das in diesem Zusammenhang populistischer Unfug.

Was allerdings,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke –
Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Gibt es noch Applaus dafür!)

was ich in diesem Zusammenhang aber auch noch mal ausdrücklich sagen möchte – und Frau Pulz-Debler hat eben auf das zuletzt

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Haben Sie
Herrn Pegel eigentlich zugehört heute?)

ergangene Gerichtsurteil hingewiesen –, Zusagen unserer Bundesregierung an Menschen in Not, die eine Zusage fest schon haben, einfach mal eben rückabzuwickeln, Sicherheitsüberprüfungen noch mal zu wiederholen, in der Absicht, Zusagen zu entziehen, das ist meiner Meinung nach schäbig. Das schadet nicht nur den Personen, die das möglicherweise sogar mit dem Tod bezahlen können, das schadet auch der Bundesrepublik Deutschland, nämlich in ihrem Ansehen in der Welt. Zusagen nicht einzuhalten, das macht man nicht!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Gestatten Sie an dieser Stelle jetzt die Zwischenfrage von Herrn Tadsen?

Martina Tegtmeier, SPD: Na ja, es ist ja keine Zwischenfrage mehr, aber bitte, fragen Sie ruhig

(Thore Stein, AfD: Er war am Mikrofon,
bevor Ihre Rede zu Ende war.)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Sie müssen ja nicht. Also sagen Sie jetzt ja oder nein.

Martina Tegtmeier, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Bitte schön, Herr Tadsen!

Jan-Phillip Tadsen, AfD: Frau Tegtmeier, die Frage, die ich Ihnen jetzt nun am Ende Ihrer Rede einmal stellen möchte: Gibt es nicht niemals genug Sicherheit auf unseren Straßen angesichts polizeikriminalstatistischer Überrepräsentation auch von Afghanen in ganz Deutschland, aber auch in M-V, sollten wir da nicht so genau hinsehen, wie wir eigentlich können? Was erzählen Sie den Bürgern da draußen, warum wir nicht mehr Sicherheit in dieser Frage haben sollen? Und warum ist eine generelle Überprüfung aller Personen für Sie ein Generalverdacht? Vielen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Möchten Sie darauf antworten, Frau Abgeordnete?

(Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Martina Tegtmeier, SPD: Also ich habe eben in meinen Ausführungen deutlich gemacht, dass die Personen überprüft sind nach den Aussagen der Bundesregierung, dass es da ein Schema immer gegeben hat und dass es für eine gewisse Zeit

zusätzliche Überprüfungen gegeben hat. Woraus Sie dann schließen, dass ich Überprüfungen ablehne, also das können nur Sie selbst beantworten.

(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und Die Linke –
Nikolaus Kramer, AfD: Das haben Sie doch
selber gesagt in Ihrem Redebeitrag!
Das haben Sie gesagt!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

An dieser Stelle möchte ich darauf eingehen, dass es einen Zwischenruf gab des Abgeordneten de Jesus Fernandes bei der Rede der Kollegin Pulz-Debler, sie solle sich einer – ich möchte es jetzt nicht wiederholen – einer bestimmten Beratung unterziehen. Das weise ich als unparlamentarisch hier zurück.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das war nur ein Hilfsangebot!)

Eine weitere Prüfung findet statt wegen eines Zwischenrufs, da gebe ich nachher das Ergebnis bekannt.

Für die Gruppe der FDP hat das Wort der Abgeordnete René Domke.

René Domke, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat haben wir, glaube ich, unterschiedliche Wahrnehmungen von dem, was wir gelesen haben. Es soll ja tatsächlich so sein, dass von den circa 36.000 über diverse Aufnahmeprogramme – ich habe da nicht gelesen, dass es nur ein Aufnahmeprogramm gewesen sein sollte –

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Das Stimmt, das stimmt!)

Ortskräfte, Bürgerrechtler, Verfolgte des Regimes tatsächlich aufgenommen wurden und das nur bei 4.800 ein sogenanntes Sicherheitsinterview durchgeführt worden sein soll. Aber die Situation, da sind ja viele drauf eingegangen,

(Nikolaus Kramer, AfD: Niemand!)

es ist eine Krisensituation gewesen, und ich glaube, genau daran liegt es, dass das damals nicht stattgefunden hat.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das mag auch
an den NGO-Konferenzen liegen.)

Darüber kann man jetzt lang und breit diskutieren, was die Umstände waren und warum das nicht stattgefunden hat, und ich weiß auch ehrlich gesagt nicht – ich habe noch nie an einem solchen Sicherheitsinterview teilgenommen –, ich weiß nicht, wie viel Sicherheit man dadurch gewinnt. Was aber definitiv stattgefunden hat, das waren Identitäts- und Dokumentationsüberprüfungen.

Allerdings wissen wir auch, dass es durchaus gefälschte Dokumente in Einzelfällen gab. Wir wissen auch, dass die Identitäten teilweise verschleiert wurden, aber den Fällen ist man aus meiner Sicht nachgegangen, und es gab nur eine Situation, glaube ich, von März bis Juni 23, wo es auch eine Aussetzung gab, genau um einfach nachsteuern zu können. Also ich habe den Eindruck, es ist gehandelt worden, und ich habe auch hier den Eindruck vermittelt bekommen, dass auch weiterhin gehandelt wird, aber in welcher Intensität, darüber lässt sich sicherlich streiten, aber da habe ich jetzt nicht wirklich was herauslesen können.

Ich verstehe auch nicht, warum Sie ein Thema, was allgemein bekannt ist, jetzt hier noch mal in den Landtag bringen. Ich hatte so den Eindruck, dass Sie längst bekannte Tatsachen doch irgendwie noch auf die Tagesordnung pressen mussten, um einfach Ihrer Empörung Raum zu geben. Und deswegen, mich wundert eben auch diese inhaltliche Ausrichtung. Ich weiß nicht, ob diese Sicherheitsprüfroutinen im Nachgang überhaupt noch zu rechtfertigen sind. Wenn eine falsche Identität oder ein falsches Dokument oder irgendwas im Nachgang festgestellt wird, wenn Sie sagen, es gibt eine

Auffälligkeit bei kriminellen Handlungen oder sonst irgendwas, dann wird das ja ein Leichtes sein, das festzustellen, und dann hätte man ja Belege für diese Fälle, aber mir sind diese Belege nicht bekannt, also ich weiß nicht – der Innenminister ist da auch nicht darauf eingegangen –, ich weiß nicht, ob es diese Fälle sind, kann ich Ihnen nicht beantworten. Das wäre aber das Einzige, wo ich sagen würde, okay, da kann man mal genauer hinschauen. Ich weiß ehrlich gesagt nicht – wir haben ja schon gesehen, über welchen Zeitraum das teilweise abgelaufen ist –, ich weiß nicht, was Sie da jetzt noch erreichen wollen.

Gleichwohl müssen wir uns die Frage stellen, was ist da am Anfang schiefgegangen? Ich denke, das war die Situation, die Menschen mussten raus aus dem Land, sie waren bedroht, und ich glaube, da waren die Kapazitäten nicht geschaffen worden. Daraus kann man Lehren ziehen, darauf kann man sich besser vorbereiten, das ist wohl so, und ich meine auch, dass das vom Bundesinnenminister eingeräumt wurde. Aber ich denke, wir sollten jetzt nach vorne schauen und lieber überlegen, wie wir derartige Situationen in Zukunft vielleicht vermeiden können, anstatt jetzt darüber zu reden, wie wir hier möglicherweise mit Leuten, …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Herr Abgeordneter, die Zeit ist schon lange abgelaufen.

René Domke, FDP: … die sich längst integriert haben können, mit denen jetzt noch irgendein Sicherheitsinterview zu führen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ich weiß, drei Minuten sind kurz, aber es ist nun mal einzuhalten.

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute, deren Sicherheit hier den vorherigen Rednern offensichtlich völlig egal zu sein scheint!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Steffi Pulz-Debler, Die Linke: So ein Quatsch!)

Ich bin, meine Damen und Herren, also ich bin wirklich fassungslos und zutiefst schockiert.

Herr Innenminister, ich schätze Sie wirklich sehr, aber Sie haben sich ja überhaupt nicht,

(Zurufe von Ann Christin von Allwörden, CDU,
und Michael Noetzel, Die Linke)

also so gar nicht mit diesem Antrag auseinandergesetzt, null Komma null. Mit keinem Wort habe ich Sie persönlich dafür verantwortlich gemacht, mit keinem Wort habe ich Sie dafür verantwortlich gemacht, dass die Personen nicht überprüft werden, mit keinem Wort habe ich hier von irgendjemandem gefordert, irgendwelche Sicherheitsüberprüfungen durchzuführen – mit keinem einzigen Wort!

Dieser Antrag sagt nicht mehr und nicht weniger, dass Sie sich, Damen und Herren der Landesregierung, bei der Bundesregierung dafür einsetzen mögen,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Was sie tut, was sie schon tut.)

dass diese Afghanen, die in unser Land kommen, endlich überprüft werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Werden sie doch!)

Nein, Frau von Allwörden,

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Doch!)

sie werden eben genau nicht überprüft.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Doch!)

Das ist nämlich der Punkt.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Doch!)

Und das hat auch Frau Tegtmeier hier gesagt.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Doch! Das haben Sie doch mehrfach
beantwortet bekommen schon.)

Laut „Tagesspiegel“ und nicht laut „Bild-Zeitung“ sind im April dieses Jahres von 36.000 Afghanen, die in die Bundesrepublik eingereist sind, 4.800 sicherheitsinterviewt worden,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist ja ein dicker Hund!)

4.800, nicht 36.000!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das sind nicht alle, Frau von Allwörden)

Und das, was ich vorhin hier skizziert habe, Frau Tegtmeier, entspringt auch nicht der „Bild“, sondern das sind Zitate von kritischen Journalisten aus dem „Cicero“ und aus dem „Spiegel“, und dann habe ich den „Tagesspiegel“ zitiert.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das wurde längst nachjustiert.)

Und das, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

selbst wenn es in der „Bild“ stünde, macht es das doch nicht nicht wahrer.

(Horst Förster, AfD: Es funktioniert so nicht.)

Sie verschließen die Augen vor einer Riesenkatastrophe.

Und, Frau Tegtmeier, Sie sagen ja zu Recht, nur jeder achte oder einer von acht ist möglicherweise kriminell,

(Horst Förster, AfD: Das reicht aber nicht.)

was aber bedeutet, dass da 72 tickende Zeitbomben hier in Mecklenburg-Vorpommern umherlaufen. Und diese 36.000 Afghanen, die hier in unser Land gekommen sind, sind nicht überprüft worden. Und die leben nicht in Stuttgart, die leben nicht in Hannover, die leben nicht in Berlin – nein, 581 dieser Menschen, von denen möglicherweise 72 tickende Zeitbomben sind,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ich glaube, Sie sind mittlerweile eine
tickende Zeitbombe, so, wie Sie sich da
aufspielen, Herr Kramer. Also, ganz ehrlich!)

leben in Schwerin, die leben in Rostock, die leben in Greifswald, in Teterow und in Dargun. Und ich brauche doch mich nur mal an den Jahresanfang zurückzuerinnern: Ein 25-jähriger Afghane ermordet mit einem Messer einen 17-jährigen Afghanen hier in Schwerin, nach dem monatelang gefahndet werden musste.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Das hat
doch alles nichts mehr damit dann zu tun,
was hier jetzt passiert. Herr Kramer,
Sie verarschen die Menschen! Ehrlich!)

Und wer war dieser 25-jährige Afghane? Das war der Sohn einer sogenannten Ortskraft, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das gehört zur Wahrheit dazu, die Sie alle nicht akzeptieren können und akzeptieren wollen. Sie verschließen die Augen vor der Wahrheit

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Unfassbar!)

und gefährden das Leben der Bürger hier in unserem Land.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Weil es Ihnen egal ist.)

Und dann steht die Abgeordnete der Linken hier und sagt, sie sind alle Menschen.

(Michael Noetzel, Die Linke:
720 rechtsextremistische Zeitbomben!)

Ja, es sind alles Menschen und sie haben auch ein Recht auf Leben,

(Michael Noetzel, Die Linke:
Jedes Jahr Menschen ermorden. –
Glocke der Vizepräsidentin)

aber auch diese Menschen hier in diesem Land haben ein Recht auf Leben, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU: Das ist
eine künstliche Aufregung der Politik. –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

Nein, das ist keine künstliche Aufregung. Ich bin wirklich empört über so viel …

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Sie brauchen auch gar nicht empört
zu sein, das ist völlig unsinnig. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Also, hallo!

Nikolaus Kramer, AfD: Das ist echt …

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Es …

Nikolaus Kramer, AfD: … der Wahnsinn.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: Ich habe geläutet, jetzt gehe ich hier mal dazwischen.

Also die Lautstärke ist wirklich exorbitant. Wir müssen uns jetzt hier, wir können sehr engagiert sprechen, aber wir müssen uns nicht anschreien. Ich glaube, das wird diesem Hause nicht gerecht. Bitte versuchen Sie, Sie können engagiert sprechen, das meint auch den Redner, aber bitte in einer angemessenen Lautstärke. Vielen Dank!

(Michael Noetzel, Die Linke:
720 rechtsextremistische Zellen.)

Nikolaus Kramer, AfD: Es fällt mir wirklich schwer, Frau Präsidentin, weil diese Ignoranz,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Dann reißen Sie sich zusammen! –
Michael Noetzel, Die Linke:
Tickende Zeitbombe!)

diese Ignoranz, das ist echt, also es macht mich wirklich fassungslos.

(Thore Stein, AfD: Haben
Sie nicht zu kommentieren.)

Und der Innenminister?

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Gespielte Fassungslosigkeit.)

Also ich habe es ja vorhin schon … Sie sind ja überhaupt nicht auf das Problem eingegangen, gar nicht.

(Michael Noetzel, Die Linke: Die größte
Gefahr geht von Rechtsextremisten aus.)

Sie definieren hier, was Ortskräfte sind, und Sie definieren uns die Aufgaben der Bundesbehörden, aber Sie sind nicht mit einem einzigen Wort auf das geschilderte Problem eingegangen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wie viele Rechtsextremisten haben
irgendwen abgestochen?)

Und, Frau von Allwörden, bitte noch mal,

(Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

es war doch die CDU, die die Aufnahmeprogramme beenden wollte. Sie stellen den Kanzler,

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja, und?!)

Sie sind in Regierungsverantwortung,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ja, und haben Sie ihre Antwort
nicht gelesen? Haben Sie die Antwort
nicht gelesen, die Sie gekriegt haben?)

die Programme laufen weiter. Und dann stellt sich Frau Shepley hier hin,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Es wurde nachjustiert. –
Zuruf von Michael Noetzel, Die Linke)

dann stellt sich Frau Shepley hier hin und unterstellt uns, der Antrag sei rassistisch, der Antrag sei rechtsextrem,

(Michael Noetzel, Die Linke: Richtig!)

der Antrag sei ohne Anlass.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Der Antrag ist nicht zu gebrauchen!)

Meine Damen und Herren, warum ermitteln dann die Staatsanwaltschaften gegen das Auswärtige Amt?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Weil da nur Rassisten sind,
auch bei der Staatsanwaltschaft.)

Ist das nicht Anlass genug, meine Damen und Herren?! Das sind doch keine Hirngespinste.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich habe Ihnen doch hier Beispiele ganz konkret aufgezeigt. Das Beispiel in Schwerin: Warum stehen denn jetzt die Polizeibeamten, warum haben wir denn jetzt die mobile Wache hier in Schwerin auf dem Marienplatz?

(Michael Noetzel, Die Linke:
Wegen den Afghanen.)

Doch nicht, weil hier irgendwie Menschen spazieren gehen, die dabei beobachtet werden müssen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Weil hier in unserem Land tagtäglich Messerattentate passieren, weil hier in unserem Land Menschen umgebracht werden. Und unsere Landsleute haben es verdient, geschützt zu werden. Das ist unser Auftrag, das ist der Auftrag der Sicherheitsbehörden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dem müssen Sie doch endlich mal gerecht werden, meine Damen und Herren!

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Dem wird gerecht!)

Dem müssen Sie endlich mal gerecht werden! Sie müssen sich endlich mal ehrlich machen und die Situation anerkennen, meine Damen und Herren!

Und wenn sich hier Frau Tegtmeier hinstellt und sagt, sie sind alle überprüft worden, das stimmt doch alles gar nicht! Wissen Sie, was mir da für eine Metapher einfällt?

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Dann muss ich an die Metapher der Großmutter denken, die vor den glasigen Augen ihres Enkelkinds steht, was eine Tafel Schokolade aus dem Schrank der Großmutter geklaut hat, sich die heimlich reingedrückt hat. Der Mund ist voller Schokolade, und das Kind erzählt, ich habe die Schokolade nicht geklaut, Oma, ich habe die Schokolade nicht gegessen. Und glauben Sie, dass unsere Bürger das einfach so hinnehmen? Es ist …

(Michael Noetzel, Die Linke: Jetzt wirds absurd.)

Ja, es ist wirklich absurd, Herr Noetzel. Das, diese ganzen Redebeiträge hier, die sind völlig absurd.

Ihnen, meine Damen und Herren, ist die Sicherheit der Bürger in unserem Land, unserer Landleute, völlig egal.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Das ist falsch, alles falsch!)

Uns ist sie nicht egal, und deswegen sehen Sie das ja an den Umfragewerten. Und wenn wir das Regierungshandeln in der Hand haben,

(Sebastian Ehlers, CDU: Ja, genau!)

werden wir das ändern. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja, schön,
Herr Kramer! Jetzt wirds richtig nett. Also,
das war wirklich zum fremdschämen,
Herr Kramer. Das hat überhaupt …
Also, so viel Blödsinn auf einmal!)

Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt: So, ums Wort gebeten für die Landesregierung hat noch mal der Innenminister Herr Christian Pegel.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Der
Antifaschist in dir ist wieder durchgekommen.)

Minister Christian Pegel: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir fehlt jetzt die innere Aufregung, um mit gleicher Kraft zurückzuschlagen. Ich versuche trotzdem anzuknüpfen an das, was Sie vorgetragen, zumindest vermisst haben.

Ich habe mit meinem Wortbeitrag in der Tat mich nicht versucht, auf einen Antragsinhalt unter der Überschrift „Rassismus“ oder Ähnliches zu stürzen, sondern habe gesagt, welche Schritte es gibt. Und ich hätte es sehr begrüßt, wenn Sie die zwei Schritte – Herr Domke hat es im Übrigen vielleicht noch mal deutlicher gemacht als ich –, wenn Sie die beiden Schritte auch berücksichtigen.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, von 36.000 Menschen sind nur 4.800 sicherheitsüberprüft. Das ist nicht der Gegenstand der Information, die ich kenne, sondern für nur 4.800 ist der Vorwurf, dass es ein Sicherheitsinterview gegeben hat.

Das Verfahren – so habe ich es verstanden, und ich glaube, Sie hatten es sehr deutlich formuliert, ich war da vielleicht unklarer, dann bitte ich um Nachsicht, mehr als versuchen, es sachlich darzustellen, kann ich nicht, aber bei Herrn Domke ist mir aufgefallen, er hat es noch mal schön zugespitzt –, es hat zwei Schritte gegeben. Es

gibt eine Sicherheitsüberprüfung, die automatisiert auf Daten zugreift, die insbesondere auf die Daten der verschiedenen Bundessicherheitsbehörden – die hatte ich zumindest alle mehrfach aufgezählt, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, Bundespolizei – rekurriert. Und dann scheint es in der Tat Fälle gegeben zu haben, wo es nicht ins Sicherheitsinterview gegangen ist.

Ich habe dann versucht, darauf hinzuweisen, dass nach meinem Kenntnisstand die Bundesbehörden – im Übrigen auch aus eigenem Anlass – dafür Sorge tragen, dass künftig keine einzige Anreise mehr ohne beide Schritte dieser Sicherheitschecks stattfindet.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Aber noch einmal: Dass hier gut 32.000 Menschen ohne jede Prüfung reingekommen wären, ist nicht das, was ich bisher als Kenntnisstand habe. Es beruhigt mich, dass ich nicht der Einzige bin, der die Zeitung dann falsch gelesen haben mag. Ich bin ziemlich überzeugt, dass die erste automatisierte Sicherheitsüberprüfung stattgefunden hat.

Zweitens. Das Tötungsdelikt, was ein extrem brutales Verbrechen ist, aber in einen Kontext zu stellen, halte ich, offen eingestanden, für, freundlich formuliert, polemisch. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir beide nicht wissen,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das ist ja deren Spezialität. –
Torsten Koplin, Die Linke: Populistisch!)

wir wissen beide nicht, ob sowohl der Vater

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das kann er auch so.)

als Ortskraft als auch die Söhne nur in der Sicherheitsüberprüfung oder auch im Sicherheitsinterview waren. Das weiß ich nicht. Und losgelöst davon können Sie mit den Sicherheitsüberprüfungen – das ist leider der bedauerliche Umstand, den ich immer habe – nur den Blick in den Rückspiegel, soweit die Bundesbehörden entsprechende Erkenntnisse auftun können, Sie können nach hinten schauen. Wir sind nicht davor gefeit, egal, mit welcher Staatsangehörigkeit, egal, mit welchem Geburtsort sich jemand bei uns bewegt, dass er später Straftaten begeht.

Und soweit Sie erwähnt hatten, eine sogenannte Ortskraft: Ich höre gern allen Erkenntnissen zu, die Sie über mich hinaus haben, aber dass der Vater keine Ortskraft der deutschen Bundeswehr war, ist mir zumindest nicht zur Kenntnis. Wenn Sie sagen, ich habe handfeste Nachweise dafür, nehmen wir die gerne auf, und ich spreche mit den Bundesbehörden. Solange sollten wir uns bemühen, nicht ganz so sehr infrage zu stellen, dass der Vater vielleicht wirklich berechtigterweise für sich die Ortskraftrolle in Anspruch nimmt und im Übrigen ich für möglich halte, dass der Vater unter seinem Sohn mehr leidet als alle anderen in diesem Saal gemeinsam, mindestens genauso sehr natürlich wie die Eltern des Opfers, keine Frage, aber dass auf der Stelle jemand genau das eigentlich nicht gewollt hat. Auch Eltern von Straftätern sind oft emotional schwer mitbetroffen und sind mit ihren Kindern manchmal zorniger, als es die Gesellschaft ist. Lassen Sie uns an der Stelle bitte ... Entweder wir haben einen Beweis, dann werfen wir dem Vater das vor, oder wir haben ihn nicht, dann bleibt er für mich Ortskraft mit mehreren Kindern, die er mitbringen durfte. Und eines dieser Kinder ist für uns in der Tat zu einem strafrechtlichen Problem geworden.

Meine Damen und Herren, die mobile Wache beruht im Übrigen auf einer Vielzahl von Sicherheitsvorfällen. Sie beruhte insbesondere darauf, dass uns die Kameratechnik ausgefallen war, und der Versuch war, durch Beamtinnen und Beamte vor Ort im Zweifel das, was wir vorher mit Kameratechnik im Nachhinein,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das hat man aber erst bei der Messerattacke festgestellt, das ist noch viel schlimmer.)

wenn Straftaten geschehen waren, für die Ermittlungen aus den Kameraüberwachungsaufnahmen ziehen konnten, für eine gewisse Zeit durch vor Ort anwesende Personen zu nehmen. Und da gibt es dann auch keine Nationalität, auf die sich das beschränkt. Eine mobile Wache hat sich als Instrument gegenüber allen denkbaren Störereigenschaften und Straftateneigenschaften bewährt.

Meine Damen und Herren, ich wollte nur mal geraderücken, ich hatte mich zumindest bemüht. Ich beziehe mich auf Herrn Domke, der es vielleicht besser noch dargestellt hat als ich, aber ich hatte zumindest deutlich gemacht, es gibt zwei Schritte, und wir reden nur über den zweiten, das Sicherheitsinterview. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister! Zu Ihrem Redebeitrag gibt es einen Antrag auf Kurzintervention seitens der Fraktion der AfD.

Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender!

Nikolaus Kramer, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Herr Minister, sollte der Eindruck entstanden worden sein, dass ich dem Vater den Status der Ortskraft abspreche, muss ich das richtigstellen. Mache ich natürlich nicht! Aber der Sohn hätte ja dann dementsprechend nicht hier sein dürfen. Das gehört zur Wahrheit auch dazu.

(Torsten Koplin, Die Linke:
Sie haben nicht zugehört.)

Zweitens. Sie haben in Ihrem Beitrag eben gerade erwähnt,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sie waren
im Innenausschuss nicht dabei.)

Sie haben in Ihrem Redebeitrag gerade erwähnt, dass zukünftig die Menschen sicherheitsüberprüft werden sollen, in welcher Form auch immer. Es geht uns doch aber auch nicht nur um die Zukunft, sondern um die Gegenwart und um die Vergangenheit, weil es leben ja 36.000 dieser Ortskräfte hier in unserem Land, und die können doch nicht alle nicht sicherheitsüberprüft bleiben, Herr Innenminister.

Minister Christian Pegel: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dann sind wir uns bei der Ortskraft zumindest einig. Ich habe keine Erkenntnisse, und Sie sagen, momentan ist es Ihnen auch nicht zumindest vor Augen. Noch einmal: Die Kinder von Ortskräften sind in der Regel mit aufnahmeberechtigt gewesen. Wir können jetzt über das Lebensalter streiten, das ist, glaube ich, der Hintergrund. Nach meiner Erinnerung ist die deutsche Regelung relativ opulent.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sehr eindeutig.)

Sie versucht mit zu berücksichtigen, dass zumindest die Taliban nicht zwischen unter 18 und über 18 unterscheiden, wenn Sie Sippenhaft geltend machen. Das war zumindest die Sorge, die an der Stelle auch mal eine Rolle gespielt hat. Es gab zumindest für den Sohn nach meinem Kenntnisstand keine vorherigen sicherheitsrelevanten Erkenntnisstände, die uns gehindert hätten. Das wäre mir wichtig, damit der Eindruck nicht entsteht.

Und noch einmal: Es geht um zwei Stufen. Die erste, die mir, offen eingestanden, die bedeutsamere ist, ist, soweit ich es wahrnehme, durchgängig – zumindest ganz überwiegend – erfolgt, nämlich die der automatisierten Abrufe in den Systemen. Das Sicherheitsinterview scheint in einer größeren Zahl nicht gelungen zu sein. Das ist mit Sicherheit auch in den Konstellationen nicht ganz einfach. Ob das Sicherheitsinterview wirklich der wesentlichere Teil ist, da habe ich Bedenken, lasse mich aber gerne zur Diskussion dazu ein. Mein Eindruck wäre, dass ich im Interview ja versuche, bei Menschen Dinge abzufragen, die diejenigen, die es nicht offenbaren wollen, mir auch nicht offenbaren werden.

Deswegen ist mir der erste Teil, dass ich in Daten gucke, die derjenige nicht beeinflussen kann – hat er Schindluder getrieben, ist er die Person, gibt es Dinge, die

wir kennen müssen –, der bedeutsamere. Und soweit ich es wahrnehme, ist dieser erste Teil die Sicherheitsüberprüfung im automatisierten Verfahren, im objektiven Verfahren durchgängig geschehen, das Sicherheitsinterview, was heute verpflichtend überall geschieht, weniger.

Ich habe verstanden, dass Ihr Wunsch wäre, die alle nachzuholen. Ich bin zurzeit nicht sicher, ob wir damit tatsächlich einen Sicherheitsgewinn haben. Der Sicherheitsgewinn liegt nach meiner Überzeugung vor allen Dingen im vorderen Teil. Ich gucke mir Altdaten oder bekannte Straftaten der Vergangenheit an, und das scheint weitgehend geschehen zu sein. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und Die Linke)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Fraktionsvorsitzende Frau Oehlrich.

Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen!

Herr Kramer, was Sie hier gerade gesagt haben, das war an Menschenverachtung nicht zu überbieten.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Was war das gerade?!)

Sie haben von sämtlichen in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen als tickende Zeitbomben gesprochen.

(Petra Federau, AfD: Nein, hat er nicht.)

Das ist nichts anderes als Hass und Hetze.

(Petra Federau, AfD: Hat er nicht.)

Das erfüllt den Tatbestand der Volksverhetzung

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Na, dann mal los!)

und ist aus meiner Sicht nichts anderes als ein weiteres gutes Argument

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Haben Sie nicht zugehört?)

für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie erzählt offensichtlich die
Unwahrheit, und Sie klatschen dazu.)

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Junge, Junge!)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Herr Innenminister, ich möchte jetzt nicht die Redebeiträge bewerten, aber Ihr letzter Beitrag ist ja schon mal in die Richtung gegangen, in die ich die Diskussion auch anstoßen wollte. Vielen Dank dafür! Das war also … Der erste Beitrag, wie gesagt, da haben Sie sich ja gar nicht mit dem Problem, mit unserem Antrag auseinandergesetzt.

Und ja, Sie haben völlig recht, es ist mir untergegangen, Herr Domke, Ihr Redebeitrag, Sie haben sich als Einziger mit unserem Antrag auseinandergesetzt. Finde ich gut! Danke!

Aber, meine Damen und Herren, ich bin ja fast sprachlos, und Sie sehen mich wirklich selten sprachlos, aber das, was Frau Oehlrich hier gerade abgeliefert hat –

(Petra Federau, AfD: Wie immer! –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Schon wieder.)

Sie haben nicht zugehört, oder Sie können nicht zuhören oder was auch immer.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Sie war nicht in der Lage. –
Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie waren nicht zu überhören, Herr Kramer.)

Ich habe mitnichten gesagt, dass alle Afghanen tickende Zeitbomben sind. Das ist immer ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist pathologisch bei Ihnen. Sie
hören nur das, was Sie hören wollen.)

Genau, Sie hören immer nur genau das, was Sie hören wollen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Genau!)

Ich habe gesagt, einer von acht – und da habe ich Frau Tegtmeier zitiert –, einer von acht ist hier Straftäter, Schrägstrich, Gefährder. Und dann habe ich gesagt, wenn ich das runterrechne auf die 581 hier in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Ortskräfte, haben wir 72.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben mehrfach „tickende Zeitbomben“
gebrüllt.)

Wenn ich einen von acht nehme, haben wir 72 Menschen hier im Land, die möglicherweise tickende Zeitbomben sind.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Genau das war der Wortlaut.)

Also hören Sie doch auf, mir irgendetwas andichten zu wollen!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Und den anderen hats gefallen.)

Hören Sie auf, mir andichten zu wollen, ich würde hier Straftaten begehen! Aber genau das ist das, was Sie immer machen.

(Constanze Oehlrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist eine Verdrehung von Tatsachen,
Herr Kramer.)

Und das befeuert Ihre feuchten Träume von irgendwelchen AfD-Verbotsverfahren, meine Damen und Herren.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Unter
tosendem Applaus von links und SPD.)

Das lasse ich nicht zu, weder für mich, weder für meine Person noch für meine AfD-Landtagsfraktion, noch für die AfD hier im Land Mecklenburg-Vorpommern und bundesweit. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Kümmern Sie sich um die Sicherheit in unserem Land, und dann können wir auch mal irgendwann politisch möglicherweise auf Augenhöhe uns bewegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das wird nicht passieren.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 8/5101. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/5101 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und einer fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vereinbarungsgemäß beende ich an dieser Stelle die Landtagssitzung. Wir haben genau 17:00 Uhr erreicht. Für den nächsten Tagesordnungspunkt sind Redezeiten von einer Stunde angemeldet, das heißt, wir würden keinen pünktlichen Zugang zum Sommerfest schaffen. Die Tagesordnungspunkte 27, 28 und 18 werden morgen nach dem Tagesordnungspunkt 45 auf die Tagesordnung gesetzt. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 18. Juli 2025, 09:00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Und dem allgemeinen Gemurmel entnehme ich, dass

Sie sich alle auf das Sommerfest freuen. Von daher hoffe ich, Sie dort alle wiederzusehen.

Schluss: 17:00 Uhr